

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 50 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adelsstraße 16
Fernsprecher Nr. 5800

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Zum Wohl der Allgemeinheit

Wenn es am 20. Juni gelte, die ehemaligen Fürsten zu enteignen, was soll mit den Summen geschehen, die dann in die Hand des Staates gelangen? — In dem Gesetzentwurf, der zum Volksentscheid vorgelegt wird, steht das ganz genau angegeben. Laut dessen Artikel II sollen die enteigneten Vermögen verwendet werden für die Erwerbslosen, für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, für die Sozialrentner und die Kleinentner, für die bedürftigen Opfer der Inflation, für die Landarbeiter, Kleinpächter und Kleinbauern. Darüber hinaus steht noch in dem Artikel, was mit den Schlössern, Wohnhäusern und sonstigen Gebäuden gemacht werden soll.

Wer irgend guten Willens ist, dem wird das genügen. Er wird angeben, es ist keine Enteignung ins Blaue hinein, sondern der Gesetzentwurf gibt den Zweck der Enteignung einwandfrei an. Anders die Reichsregierung. Sie hat herausgetastet — oder von juristischen Schlüsseln heranzustimmen lassen —, daß diese Angaben nicht bestimmt genug sind. Über mehr läßt sich beim besten Willen nicht sagen. Man kann doch nicht im Vorhinein, ehe man auch nur die genauen einzelnen Summen kennt, Dutzende von Plänen ausarbeiten, wie hier ein Kinderheim gegründet, dort eine Heilanstalt für Kriegszitterer errichtet werden soll, wie hoch und in welcher Form der einzelne Arbeitslose, das einzelne Inflationsoffer zu unterstützen sei usw. Ja, sagt die Regierung, wenn man das nicht kann, dann ist kein bestimmter Zweck der Enteignung angegeben, und dann — widerstreitet die Enteignung der Verfassung! Denn laut Verfassung (Art. 153) darf eine Enteignung „nur zum Wohle der Allgemeinheit“ erfolgen. Ob das vorliegt, läßt sich nur aus dem Zweck der Enteignung ersehen, und wenn der nicht angegeben ist... usw. Auf diese Weise hat man es zurechtgerückt, daß das Gesetz „verfassungsgemäß“ sei und daß zu seiner Annahme mehr als 20 Millionen Stimmen nötig seien. (Sonst würde nämlich die einfache Mehrheit der Abstimmenden genügen, gleichgültig, wie viele an der Abstimmung teilnehmen.)

Somit ist nun festgestellt worden, daß das Reichsgesetz über die Enteignung schon vorher einen Strich durch die Rechnung gemacht hat. Einige Opfer der Inflation hatten die Reichsbank verklagt und wurden mit ihren Ansprüchen (auf Aufwertung ihrer Guthaben) abgewiesen. In der Begründung des Urteils heißt es u. a.: Wenn man die Inflation als eine Enteignung betrachte, so sei sie eine Enteignung „zum Wohle der Allgemeinheit“ gewesen. Die Inflation ist nun ganz gewiß nicht zu irgend einem im voraus bestimmten Zweck geschehen; noch weniger ist ein solcher Zweck im voraus angegeben worden. Nach dem Urteil des Reichsgerichts steht somit fest, daß auch ohne Angabe eines bestimmten Zweckes das Wohl der Allgemeinheit im Spiele sein kann. Gäbe es in Deutschland wirklich ein gleiches Recht für alle, dann müßte die Regierung sich beeilen, ihre „verfassungsgemäße“ Auslegung noch zeitig genug vor dem 20. Juni aufzugeben.

Über darauf kann nur ein Narr warten. Wie immer und in allen Fällen bleibt es auch hier bei dem alten Grundsatz: Was ist Recht. Sein Recht, nicht dauernd einen wesentlichen Teil seines Arbeitsertrages an die fürstlichen Parasiten weggeben zu müssen, wird sich das deutsche Volk nur dann erkämpfen, wenn es am 20. Juni seine Macht zeigt.

Inzwischen dürfte es nützlich sein, sich das „Wohl der Allgemeinheit“ etwas näher anzusehen, das durch die Inflation entstanden ist und das am 20. Juni bestätigt und bekräftigt werden würde, falls die Enteignung der Fürsten abgelehnt werden sollte. Hier ein paar Proben davon.

Hypothekengläubiger sind Leute, die ihr Geld einem Grundstücksbesitzer geborgt haben. Als in jenen Jahren der Wert der Mark immer tiefer und tiefer sank, mußten gerade die kleineren von ihnen sich ihre paar Mark herauszahlen lassen und bekamen dann zum Beispiel für 5000 Goldmark, die sie vor dem Kriege gegeben hatten, 5000 Papiermark. Vor dem Kriege waren das 190 Dollar; Anfang Juni 1922 waren es knapp 17 Dollar. Der Rest von 1178 Dollar oder 4927 M ist glatt verloren, ohne Entschädigung enteignet. Denn für Hypotheken, die vor dem 15. Juni 1922 zurückgezahlt sind, gibt es überhaupt keine Aufwertung. Die anderen können — vielleicht — mit 15 bis 25 vH aufgemerzelt werden, so daß sie für 5000 reale Goldmark, die vor dem Kriege eingezahlt wurden, im besten Falle 1125 M kriegen.

Sparlassenguthaben können mit 12 vH aufgemerzelt werden (auch nur, wenn sie nicht schon vor dem 15. Juni 1922 abgehoben sind). Hier werden gerade die Armen der Armen getroffen. Von rund 18 Milliarden Mark, die vor dem Kriege in deutschen Sparlassen standen, sind auf diese Weise 15,8 Milliarden ohne Entschädigung enteignet. In Wahrheit noch mehr, weil die meisten Sparlassen kein Geld für die Aufwertung haben.

Für Kriegsanleihen, die in den Jahren der „großen Zeit“ ebenfalls den Armen der Armen teils abgeschwaht, teils mit sanfter Gewalt abgepreßt wurden, gibt es 12 1/2 vH Aufwertung. Wer läßt noch die Milliarden, die dadurch enteignet wurden! In die Behtausende geht die Zahl der Armen, die freiwillig aus dem Leben geschieden sind, weil sie durch solche Enteignung „zum Wohle der Allgemeinheit“ um ihre teuer erworbenen Spargroschen gebracht wurden! Und was die Opfer des Krieges anbelangt, so bekommt ein Kriegsverletzter, dem noch zwei Drittel seiner Arbeitskraft zugesprochen werden, täglich sage und schreibe 27 Pfennig „Rente“. Den Rest soll er sich hinzuverdienen. Nur sagt ihm niemand, wie und wo er das nach Verlust von einem Drittel seiner Arbeitskraft zuwege bringen soll. Dagegen kriegt

Außerdem haben die Herrschaften noch einen riesigen Rest an Schlössern und Gütern, woraus sie ein mindestens ebenso großes, wahrscheinlich noch größeres Einkommen ziehen. Und das alles wollen sie aufgewertet haben, nicht etwa mit 12 oder 25 vH. Nein, es ist schon durch gerichtliches Urteil zugesprochen worden dem Fürsten von:

Schwarzburg-Sonderhausen eine Aufwertung von	80 vH
Hudolstadt	100
Sachsen-Meiningen	150
Schwarzburg-Rippe	500
Mecklenburg-Schwerin	700
Sachsen-Weimar	1400

Auch daran muß nochmal erinnert werden, wozu die Herrschaften das Geld verwenden. Ein General, der von der Republik jährlich 20 000 M Pension bezieht, hat vor kurzem — die Zentrumspartei veröffentlicht es — in engerem Kreise die Pläne seiner Bestimmungsgenossen ausgeplaudert. Daß sie, zum Zweck des Umsturzes der Republik, eine ganze Menge Waffen haben, ist nicht neu. Auch nicht, daß sie Ludendorff zu ihrem Oberfeldherrn machen wollen. Aber interessant ist der Satz:

„Beispielsweise würde jeder zehnte Streikende erschossen werden, dann würde man die anderen schon von selber fusch bekommen.“

Sie sind nicht blöde. Das Geld, das sie von der Republik erpressen, soll nicht nur zum gewalttätigen Umsturz dienen, sondern zugleich auch zur gewalttätigen Niederhaltung der Arbeiter, um dauernd mehr aus ihnen zu erpressen.

Möge jeder Arbeiter daraus entnehmen, worauf es am 20. Juni ankommt. Nicht bloß 20 Millionen, sondern eine gewaltige, darüber hinausgehende Mehrheit muß für die Enteignung der Fürsten gewonnen werden. S y l u s.

Wie gut muß es doch dem deutschen Volke gehen, daß es den davongelaufenen Fürsten noch mehrere Milliarden hinterdrein werfen soll! Wie erbärmlich dagegen muß es um die Fürsten stehen, wenn sie auf ihre Milliardenforderungen nicht verzichten wollen! — Die Tatsachen reden eine andere Sprache.

Hier ein Beispiel:

Wilhelm II. in Doorn hat täglich 1670 M. Rente; die Großherzogin von Weimar (eine alleinlebende Frau) bezieht täglich 280 M.; der Herzog von Meiningen hat täglich 1400 M.	Ein Arbeitsloser mit Familie bezieht täglich 250 bis 3 M.; ein 30 Prozent Kriegsverletzter bezieht täglich 30 Pfennig; ein Altersrentner bezieht täglich 100 Pfennig.
--	---

Denk an diese Tatsachen am Tage des Volksentscheids!

Die Volk — die Fürst!

Der Philosoph Joh. Gottlieb Fichte, der wegen seiner „Reden an die deutsche Nation“ in besonderer Gunst bei unseren Rechtspartheien steht, schrieb kurz vor seinem 1814 erfolgten Tode in Notizen u. a. nieder: „Da wird mir freilich ganz klar, daß es zu einem deutschen Volke gar nicht kommen kann, außer durch Abstreifen der einzelnen Fürsten.“ Und wenn es doch zu einer deutschen Nation gekommen ist, dann ist das sicher nicht das Verdienst der deutschen Fürsten. Wir halten es mit Friedrich Schiller: „Die Majestät des Deutschen ruht nie auf dem Haupte seiner Fürsten.“ Solche Worte aus historischer Zeit flammten gerade jetzt wieder auf, weil das deutsche Volk in diesen Tagen über seine einstigen Potentaten sein „letzte Schuldbüch“ sprechen wird. Bei der großen Auseinandersetzung, die jetzt kommt, dem gewaltigen Wassengange, zu dem wir uns rüsten, gilt es nicht nur, den Spul von „Privateigentum“ der Fürsten vollends zu erledigen — dem Monarchismus muß der letzte Todesstoß gegeben werden. Ein jämmerlicher Abgang der durch Volkes Wille zur Abandlung gezwungenen bezw. schon vorher gelassenen „Besten der Nation!“ Und wir können — frei nach Marx — sagen: „Som Kopf bis zum Fuß, aus allen Poren Schmutz und Blut riechend.“ — so tritt der Monarchismus ab. Wenn das Volk an dem kommenden Sonntag entscheidet, daß in der deutschen Republik von einem Fürstenvermögen keine Rede sein kann, sehen die Fürstentümer ihre Felle fortzuschwimmen. Das wäre — mit Hilfe der deutschen Justiz — wahrhaftig ein jamaiser „Reptilienfonds“ geworden, eine Kapitalquelle, um deren Besitz zu streiten es sich für die Fürsten und ihren Anhang schon verlohnt. Der intime Briefwechsel des Herrn Graf mit hohen und höchsten Persönlichkeiten, das Entwerfen von blutigen „Notverfassungen“, das Planemachen von „langzeitigen Angriffen auf Berlin“ und nicht zuletzt auch die pietätvolle Bevorzugung der Schwarz-weiß-roten Farben, der Schreie nach Massentötungen der Arbeiterchaft — alles Vorbereitungen, um letzten Endes in Deutschland die Monarchie zu restaurieren. Mit Gewalt will man die republikanische Verfassung erschlagen, den Platz für den Reichsverweser schaffen. Daß es so weit nicht kommt, verhindern zuverlässige Polizeiorgane. Im entscheidenden Augenblick wird das Reichsbanner, werden vor allem Millionen sozialistischer

Arbeiter auf dem Posten sein. Es genügt aber nicht, daß wir Gewehr bei Fuß stehen. Eine politische Tat wird von uns verlangt; es soll eine klare Politik im Innern erklämpft werden. Der Volksentscheid für Fürstenteignung ist der Anfang. Geben 20 Millionen in heller Entrüstung über die maßlosen Forderungen der Fürsten und Standesherrn bezw. das volksfeindliche Verhalten einzelner Parteien, aber in freudiger Begeisterung für die Sache des Volkes ihre Stimme ab, hat die Sterbestunde dieses Reichstags begonnen. Der Sieg des Volksentscheids, das ist der Auftakt zu Reichstagswahlen. Auf diesen Wahlkampf freuen wir uns.

Graf Westarp betonte kürzlich, daß, wenn es darauf ankomme, den Kampf gegen den Volksentscheid aufzunehmen, man vor allem die Geschichte werde sprechen lassen. Uns liefert die Geschichte soviel Material, hergehoch, daß wir die Fürsten und ihre allzeit willigen Diener damit erdrücken könnten. Wir werden in unseren Verammlungen den Volksmassen recht deutlich vor Augen führen, wie die ungeheuren „Privatvermögen“ der deutschen Fürstentümer entstanden. Wie war es für uns leichter, Abrechnung zu halten und um die Stimmen der Wähler zu werben.

Wir wissen, daß die Fürsten in den ersten Jahrhunderten deutscher Geschichte infolge ihrer Machtstellung den Grund zu ihren „Vermögen“ legten, die sie in der Zeit des Absolutismus ganz gehörig abrundeten. Seine letzte und höchste Vollendung fand der Absolutismus im Gottesgnadentum, das die Unterordnung unter den Herrscher als religiöse Pflicht der Untertanen forderte. Die mußten herhalten. Bruchhafte Hofhaltung, stehende Heere und sonst noch allerlei private Passionen der „Gottesgnadeten“ kosteten Geld, viel Geld. Mit der künstlichen Goldmacherei war es trotz aller natten Versuche nichts; also mußten andere Wege beschritten werden. Ähnliche Zustände wie in der antiken Sklaverei rissen ein. Die eigenen Landesländer wurden vom absolut herrschenden Regenten verkauft — und von ihm pro Kopf ein ansehnliches Blutgeld bezogen. Wollens warfen die Verluslisten, je höher ihre Differenz waren, hohe Profite ab. Auf halb allen europäischen Schlachtfeldern, auf dem Nordamerikas, Kanadas suchten deutsche Regimenter in fremdem Solde. Gering war die Zahl der Heimkehrenden; sie brachten siehe Körper und einen traurigen Ruhm mit — zur höheren Ehre des „Landesvaters“. In spanischen Großfeldzügen standen in einzelnen Schlachten heftige Truppen auf beiden Seiten und schossen sich gegenseitig tot. Solche herrliche Einzelheiten konnte man aus allen Zeiten berichten, weil es die Fürsten in allen Jahrhunderten verstanden haben, das Wort Ludwigs XIV.: „Der Staat bin ich“ zur Wahrheit zu machen. Über die Zeit der Kabinettskriege, in der die Völker ohne Berücksichtigung der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenhänge wie Schafherden geteilt und verachtet wurden, hinaus bis in unsere Zeit der Zivilisten (lies Zivilisten!) haben die Fürsten ihr „Privateigentum“ auf jede mögliche und unmögliche Weise ergänzt. Die Errichtung von Schlössern und Lustbauten, das hat in harten Fronddiensten den Schweiz der Untertanen gekostet. Die Fürsten sind abgetreten — was dem Volke gehört, müssen sie lassen.

Mögen endlich auch die, die bisher noch über „juristische Zwischensäden gestolpert“ sind, erkennen, daß es in der Frage der Fürstenvermögen nur die eine Lösung gibt, die durch Volksentscheid verlangte restlose Enteignung.

Die Deutschen brauchen als Bindemittel das gemeinsame Ständegedank ihrer Fürsten.“ Dies Wort Bismarcks soll ein für allemal zunichte werden. Das souveräne Volk ist aufgerufen; Führer im Kampfe ist der Sozialismus.

Wenn wir nur wollen, dann stehen wir an einem Anfang. Hans Weikhaar.

Wirtschaftsführung und Gewerkschaften

Die kapitalistische Wirtschaftsform hat eine lange Entwicklung hinter sich. Zu keiner Zeit vollzog sich die kapitalistische Entwicklung in ungebrochener, stets gradlinig verlaufender Weise. Dem Aufstieg folgte in der Regel ein Abstieg, heftige Erschütterungen des Wirtschaftslebens, sich oft jahrelang hinziehende Wirtschaftskrisen waren mit der wirtschaftlichen Entwicklung untrennbar verbunden. In der gleichen Weise entwickelte sich die deutsche Wirtschaft. Sie stieg aufwärts, blieb aber ebensowenig von Krisen verschont, wie die kapitalistischen Wirtschaften anderer Länder, und geschäftliche Zusammenbrüche, Arbeitslosigkeit sowie Auswanderung waren in Deutschland keine unbekannteren Erscheinungen. Daß in dem letzten Jahrzehnt vor dem Weltkriege die deutsche Wirtschaft von schweren Krisen verschont blieb, liegt in den Verhältnissen begründet. Nur unter zunehmenden Schwierigkeiten und nicht ohne Anwendung teilweise recht zweifelhafter Mittel gelang es der deutschen Industrie, neue Absatzgebiete auf dem Weltmarkt zu eröffnen. Außerdem sorgte das bekannte Netz von Handelsstellen — bei dem Deutschland an vorderster Stelle stand — für die Belebung der Wirtschaft, wenn auch auf Kosten der Steuerzahler und der allgemeinen politischen Sicherheit.

Der Kapitalismus und seine sogenannten Wirtschaftsführer waren also schon vor dem Kriege, als noch normale wirtschaftliche Verhältnisse bestanden, nicht in der Lage, Wirtschaftskrisen zu verhindern. Man stand diesen Katastrophen machtlos gegenüber. Um so unversämter und widerwärtiger ist die Heuchelei auf kapitalistischer Seite, wie sie in den Anrufen gegen die

ein General	täglich 50 M
die Großherzogin von Weimar	280
der Herzog von Meiningen	1400
Wilhelm II.	1670

Sozialdemokratie und die Gewerkschaften wegen angeblicher Unfähigkeit zur Wirtschaftsführung in der Nachkriegszeit zum Ausdruck kam und gelegentlich auch jetzt noch bemerkbar wird. In Entstellung von Tatsachen ist die kapitalistische Schreibergilde nicht zu überbieten. Der Zweck heiligt auch hier die Mittel. Er wurde erreicht, die Mitwirkung der Arbeiterkraft an der Wirtschaftsführung ausgeschlossen, diese durch die Tätigkeit „genialer Wirtschaftsführer“ ersetzt. Von einer wesentlich anders eingestellten vorteilhafteren Wirtschaftsführung war jedoch nichts zu bemerken. Was von den neuen Männern auf politischem Gebiete geschah, bewegte sich ausschließlich in der gleichen Richtung, die unter der Mitwirkung der Arbeitervertreter festgelegt wurde, nur mit weniger Folgerichtigkeit und nicht ohne Umwege. Aber auch ihre wirtschaftlichen Maßnahmen zeigen in ihren Grundlinien wenig Abweichungen. Nur in der Zoll- und Steuerpolitik liegen solche vor, wodurch die besitzenden Schichten begünstigt, die arbeitenden Massen benachteiligt werden. Deshalb hat auch der durch die Wahlen der letzten Jahre herbeigeführte Regierungswechsel eine wesentliche Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht gebracht. Wie die gegenwärtige Krise zeigt, schreitet die Wiederherstellung der Wirtschaft nur langsam fort und es werden voraussichtlich noch Jahre vergehen, ehe von ihrer völligen Gesundung gesprochen werden kann.

Unsere „genialen Wirtschaftsführer“ haben sich also trotz aller ihnen im voraus gespendeten Vorwurfsplakate der gestellten Aufgabe nicht gewachsen gezeigt, die gegebenen Verpflichtungen nicht erfüllt. Dabei konnten sie unter wesentlichen günstigeren Voraussetzungen tätig sein, als die Vertreter der Arbeiter. Insbesondere unterlagen sie nicht dem schweren Druck von innen und außen, waren sie in ihrer Entscheidungsfreiheit wesentlich weniger beeinträchtigt, als ihre Vorgänger in den ersten Jahren nach dem Kriege. Das schärfste Schauspiel einer bürgerlichen Staats- und Wirtschaftsführung gab bekanntlich das von den „Vertrauensmännern der Wirtschaft“ gebildete Kabinett, an dessen Spitze Guno, die verkörperte Unglückseligkeit gestellt war, dem das deutsche Volk die Ruhrbesetzung und den Währungsauflösungsdruck zu danken hat. Es ist von keinem seiner Nachfolger übertrifft worden. Wirtschaftsführer haben wir aber unter ihnen nicht kennen gelernt. Das ist nur zu begreiflich, weil es in der kapitalistischen Wirtschaft aller gegenwärtigen Behauptungen ungeachtet eigentliche Wirtschaftsführer gar nicht gibt. Aus Stinnes und seinesgleichen wurden zwar Wirtschaftsführer von überragender Größe gemacht, als sich aber ihre Größe erweisen sollte, entpuppten sie sich als gewöhnliche Klaffen, die wie andere auch den wirtschaftlichen Zusammenbruch Kruppellos zu ihrer eigenen Bereicherung ausnützten, ohne danach zu fragen, ob sie damit Tausende ihrer Mitmenschen zugrunde richteten.

Mit diesen Zuständen und „Wirtschaftsführern“ dürfen sich die Arbeiter nicht zufrieden geben. Das deutsche Unternehmertum ist den Anforderungen, die sich aus der dem Kriege folgenden weltwirtschaftlichen Umwälzung ergeben, nicht gewachsen. In Verkennung der wirtschaftlichen Lage zeigt es nur das Bestreben, durch Schutzzölle, Kartelle und Kongerne seine Monopolstellung zur Erzielung hoher Preise auf dem Inlandmarkt aufrechtzuerhalten, sowie durch Verlängerung der Arbeitszeit und Herabdrückung der Löhne die anderen Nationen auf dem Weltmarkt zu unterbieten. Durch derartige Mittel ist die Wirtschaft nicht in Ordnung zu bringen, sind keine befriedigenden Lebensbedingungen für die arbeitenden Schichten zu erreichen. Der einseitigen Beeinträchtigung der Wirtschaft durch das Unternehmertum muß deshalb ein Ende gemacht werden, indem die Gewerkschaften die volle Gleichberechtigung mit den Unternehmern und ihre Beteiligung an der Wirtschaftsanbahnung wie auch an der Wirtschaftsführung im Sinne des Artikels 135 der Reichsverfassung fordern. Nicht minder gehört dazu die Errichtung paritätischer Wirtschaftskammern für Industrie, Handel, Verkehr, Handwerk und Landwirtschaft, als auch die Erweiterung des Mitbestimmungsrechts der Betriebsräte. Der Gewerkschafts-Kongress hat diese Forderungen mit anderen gleichwertigen zu den seinigen gemacht. Aufgabe der Arbeiterkraft muß es sein, diese Forderungen bei jeder sich bietenden Gelegenheit mit allem Nachdruck zu vertreten und auf ihre Durchführung hinzuwirken. **Katantat.**

Kriegsinvaliden und Fürsorgenentzignung

Das kaiserliche Landeskriegsamt in Berlin führt bei einer Zählung der Kriegsinvaliden von insgesamt 678 410 Behinderten auf: 2700 Blinden, 5000 Gehörlose, 44100 Einarmige, 20600 Einarmige, 1250 ohne Bein. Jeder Kriegskriegel ergibt im Durchschnitt täglich 1 A. Dies zeigt zu einem Vergleich an: Seine Majestät Wilhelm II. hat auch ein solches Privilegium besitzt, bekommt von der Republik täglich 1570 A, der Kriegsinvalid aber durchschnittlich 1 A. Dafür haben die Kriegsinvaliden auch nur ihre Gesundheit und ihre Wohlfahrt dem Kaiserland geopfert, während dieses von Wilhelm herrschend die Kriegsinvaliden am besten. Sie mögen denken am Tage des Reichstages eingedenkt sein.

Die Gefolci

Kriegsdenkmäler
P.H. Eigenlich sollten Erinnerungen an das Kriegselend überflüssig sein. Der Sommer wühlte sich doch so tief eingegraben haben, daß er unerbittlich die Seelen der Veteranen und der Kriegselend wieder wachruft.
Eine Mitteilung ist gefüllt mit Kriegsdenkmälern. Da haben die Kriegselenden aus der Zeit, in der es kein Bier mehr gab. Die Kriegerdenkmäler sind erstanden worden für immer das gleiche Problem, bestehend aus Wasser, Erde und menschlichen Genuß. Dort liegen die herrlichen Kriegsdenkmäler, die nicht etwa aus Gestein hergestellt waren, sondern aus ganz gewöhnlichem Sand und Schlamm, das den Fliesen vorzuziehen war. Und dann der Kaiser. Auch der Kaiser hat seinen Anteil. Da liegen sie, die schönen Pakete mit den lakonischen Aufschriften: „Mein Herr Kaiser“ aus ebelfenem Holzwerk mit edelsten Schmuck, und dabei stehen immer fünfzigtausend von der Hand, wenn einer sich erlaubt, eine solche Pfeife in Hand zu fassen. Hier liegt auch seine und seiner Gattin, neugierig hat man den Arbeiter und den Kriegselenden für jenen Geld verstanden. Heute sagt man, daß das Geld nur aus Sand, Ton und Soda bestand und daß es mit irgendeiner Schmelze zusammengehalten wurde. Aber viel Geld hat es gekostet.
Was können die besten Sachen. Einmal. Die Wissenschaft und Chemie ist sich heute noch nicht ganz im Klaren, was in dem Epitaph der Kaiserliche Kaiserliche Bestattung mit der Anweisung, daß diese Epitaph nur mit Wasser aufgeschüttet werden und dann sei eine Epitaph bereit, die mit dem Namen Kaiserliche nur den ganz jenen angeordnet ist. Mit Kaiserliche ist der Krieg gewonnen. Die Kaiserliche Bestattung ist die beste. Kaiserliche erhebt Kopf, Mensch, Mensch und alle erdenklichen Sachen. Menschen haben es gegeben und die heute noch leben, sind ungenügend geworden. Dabei gab es deutsche Professoren und andere Leute, die solchen Mist wissenschaftlich begründeten.
Jetzt kommen die Kaiserliche. Auch das kommt das Kaiserliche. Kaiserliche ist nicht nur das Kaiserliche gewesen zu sein, sondern das Kaiserliche. Das andere Zeug ist überhaupt nicht zu bestimmen.

Warum müssen sich die Arbeiter organisieren?

Die Macht der Unternehmer spürt jeder Arbeiter tagtäglich am eigenen Leibe. Der Lohn, den die Unternehmer gewähren, reicht nicht aus, die Arbeitskraft, das einzige Gut des Arbeiters, täglich so zu erneuern, daß sie nicht vorzeitig zerstört wird. Was hilft es dem Arbeiter, daß er keine Frau mitarbeiten läßt, daß er seine Kinder, sobald sie 14 Jahre alt sind, in die Fabrik schickt, ja teilweise sie bereits vor der Schulentlassung auf die Suche nach Brot gehen läßt? Selbst wenn der Arbeiter nach Feierabend „seine Partelle“ bearbeitet, um seine Familie vor Hunger zu schützen, so nützt ihm dies nur wenig.
Bei der Ausnutzung der Arbeitskraft machen es die Unternehmer wie ein schlechter Gärtner, der von seinen Obstbäumen nicht nur das Obst nimmt, sondern auch ihre Zweige als Brennholz verbraucht. Sie treiben Raubbau mit der Arbeitskraft und verkürzen und verkrüppeln so den Arbeiter und ihren Familien das Leben. Wenn es vorteilhaft für die Unternehmer wäre, würden sie die Sklaverei wieder einführen. Weil sie dabei aber das Risiko auf sich nehmen müßten, die Sklaven auch bei schlechtem Geschäftsgang zu füttern, so stehen sie sich besser, wenn sie den Arbeitern ihre Scheinfreiheit lassen. Sie sparen dabei die Kosten der Anschaffung und der Ausbildung des Nachwuchses bis zum 14. Jahre, und schließlich die Unteruntertüme. Die Kosten dafür überlassen sie lieber dem Staat, der sich dafür durch Steuern, die er den Arbeitern aufbürdet, schadlos hält.
Aber das Unrecht, das den Arbeitern zugefügt wird, hat Leopold Jacobi vor etwa 40 Jahren also geschrieben:

Seht doch, wie unrecht es ihnen geht, Sie säen das Land und fahren die Ernte ein Und dürfen doch die Frucht nicht genießen. Sie bauen alle Häuser und können nirgends wohnen, Sie schaffen alles und haben doch nichts. Ein Unrecht geschieht hier, ein fürchtbar Unrecht. Wer wird es sühnen?

Die letzte Frage gibt uns zu denken. Da hätten wir zunächst die Lehre der christlichen Kirche. Sie fordert Nächstenliebe, verheißt das Himmelreich und droht mit Höllestrafen. Aber diesemüde denken die Unternehmer nicht daran, den Arbeiter als seinen Nächsten zu betrachten. Dagegen haben sie sich das Bismarckwort erlernt: „Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat.“ Die Gewalt besitzen sie, die Unternehmer, nämlich selbst. Sie verfügen über die Polizei wie über die Polizei und über das Militär, wenn auch die letztere Kräfte des deutschen Kaiserreichs infolge des Krieges arg verkrüppelt ist. Sie wenden diese Gewalten erdarmungslos an, wenn ihre Belange durch die Arbeiter bedroht werden, und nennen sich oben drein noch Christen. Das hat natürlich seine guten Gründe. Zunächst gefüllt ihnen das Gebot der Untertänigkeit ausgezeichnet. Daß sie sich dabei auf kirchliche Würdenträger stützen können, beweist schon der bekannte Ausspruch eines Mitglieds: „Der Knecht ist, soll Knecht bleiben.“ Das „Volk“ soll auf Erden „kein fromm“ sein, damit es den Himmel erben kann. Wie es Heinrich Heine ja trefflich bejungen hat:

Das ist die alte Entfugungslied, Das Ciapozza vom Himmel, Demit man einhüllt, wenn es geht, Das Volk, den großen Kümmerl.

Um dann in den nächsten Strophen für die Arbeiter zu fordern: Wir wollen auf Erden glücklich sein Und wollen nicht mehr darben, Verschleimen soll nicht der faule Bauch, Das fleißige Hände erwarben.

Glücklich sein! Dazu braucht der Proletarier das Recht auf Arbeit, neben dem Achtstundentag einen auskömmlichen Lohn, der es ermöglicht, daß die Frau ihrer Familie leben kann. Dazu gehört ein trauliches Heim und auch die Bewältigung der gewerkschaftlichen Forderungen. Ein solches Glück fällt den Arbeitern natürlich nicht zufällig in den Schoß. Es will erkämpft sein, und dazu gehört Macht. Eine Macht, die stärker sein muß, als die der Unternehmer. Proletarier aller Länder vereinigt euch, sagt Karl Marx, dann habt ihr die Macht, die den Unternehmern überlegen ist. Bis jetzt ist der Ruf unseres großen Vorkämpfers noch nicht durchgedrungen. Noch ist nicht einmal die Hälfte der Arbeiter organisiert. Warum liegt das?

Der Gedanke, daß die Arbeiter nur dann eine Macht sein können, wenn sie sich zusammenschließen, liegt doch so klar auf der Hand, daß es auch der Einfältigste erkennen sollte. Man denke nur an den Schnees: Die wenig widerstandsfähig ist doch die einzelne Schneeflocke. Ein Handhauch bringt sie zum Schmelzen. Selbst sich aber der Schnee zu einer Lawine zusammen und stürzt donnernd zu Tal, dann knickt sie Wälder und verflüchtigt ganze Ortschaften. Genau so, wie sich die Bergbewohner zu ihrem Schutz Widerstände gegen die Lawinen bauen, bauen sich die Unternehmer Widerstände, um der Gewerkschaft der Arbeiter entgegenzutreten. Mittel genug stehen ihnen dabei zur Verfügung. Die Straße wurde schon erwähnt. Auch der Volksschullehrer wird oft dazu mißbraucht. Er muß den Kindern einbläuen, daß die kapitalistische „Ordnung“ die von Gott gewollt sei. Tut er das nicht, dann wird er auf die Straße gejagt, und weil er genau so wie die Arbeiter einen hungerigen Magen hat, muß er oft genug gegen seine Überzeugung, gegen seine eigene Klasse wirken.

Die Unternehmer haben aber noch ein anderes Mittel zur Hand, um die Organisation der Arbeiter zu hemmen. Dieses Mittel wird selbst von einem Teil der organisierten Arbeiter noch nicht als arbeitfeindlich erkannt, weil es unter der Maske der Unparteilichkeit auftritt. Reizt das Ausbeutertum dieses Mittel unverhüllt, würde es sofort zur Bedenkungslosigkeit demarkiert sein. Es ist die bürgerliche Presse. Die Arbeiter herrscht bei den Arbeitern große Unzufriedenheit, weil die Gewerkschaftsführer nicht genug für sie herausgeholt. Ja, wenn das Herausgeholt so einfach wäre. Die Dinge liegen doch so, daß selbst die

vollendetste Berechnung, mit der die Führer die Notlage der Arbeiter begründen, bei den Unternehmern abprallt, wenn die Arbeiter, die Gewerkschaftsführer betrifft, nicht organisiert sind. Deshalb gilt die Schwäche der Arbeiterorganisation zu befeitigen. Zu diesem Zweck muß die bürgerliche Presse geschwächt werden.

Die bürgerliche Presse erscheint in einer riesigen Anzahl Hunderttausende von Arbeitern beziehen den Generalanzeiger. Die Macht, welche Übergewicht, welche Propagandamöglichkeit ist dadurch dem Bürgertum bei den Wahlen gegeben? Dieses eine Beispiel und den vielen, die sich anführen lassen, beweist schon durchschlagend, daß sehr die Arbeiter ihrer ureigensten Sache zuwiderhandeln, wenn bürgerliche Blätter beziehen. Von der Hinterhältigkeit der bürgerlichen Presse bei Arbeiterkämpfen zu schreiben, hieße Gulen nach Ähren tragen. Doch ist dieses alles noch nicht das Schlimmste. Am gefährlichsten ist die bürgerliche Presse den Arbeitern dadurch, daß sie die Arbeiter täglich mit dem „süßen“ Gift der Klassenharmonie durchdringt. Wie die Arbeiter die Frage nach den geringen Erfolgen der Gewerkschaft stellen, sollten sie erst bei sich selbst anfragen, und sie dürften ärztlicher Prüfung nicht leugnen können, daß sie selbst ein gerüttelt Maß Schülz daran haben.

Alles für die Proleten

Die Unternehmer sind die Uneigennützigsten auf der weltlichen Welt. Sie können Tag und Nacht, wie sie den Arbeitern Ruhe und Erholung bringen können. Man lese nur folgenden herrlichen Erguß der Deutschen Bergwerkszeitung, den dieses Schlarfacherblatt den Bergwerkszeitung widmet: „Die Bergzeitungen, das sei nochmals klar herausgestellt, sollen sich nicht mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerfragen. Sie dienen weder den „Gelben“ noch den anderen. Sie haben nur den einzigen alleinigen Zweck, den Bergangehörigen seinem Werte, den Bergmann seiner Arbeitsstätte näherzubringen, ihn so für seine Arbeit zu interessieren, sie ihm angenehm zu machen. Daneben aber sollen sie ihn und seiner Familie eine Erholung sein. Er soll darin sachlich und unparteilich unterrichtet werden über den Lauf der Dinge in der Welt über vieles, was ihn sonst noch interessiert, und schließlich soll er da allen, was in seiner Umgebung unter seinen Arbeitskameraden vorgeht, hören, damit er teilnehmen kann an Freude und Leid dazwischen mit ihm zusammen an derselben Stelle wirken... In ihren Spalten schweigt der Kampf, der unser öffentliches Leben vergiftet. Hier so eine Stätte der Ruhe und Erholung sein, weiter nichts. Sie werden sich an die gesamte Arbeiterkraft und ihre Familien, möge sie in den übrigen denken, wie sie will. Jeder kann sie lesen, ohne darin irgendwo in seiner Anschauung verletzt zu werden. Sie will niemand weise tun, sondern allen Arbeitern des Wertes oder der Bege eine Erholung und ein Freund sein.“

Stich mal einer an! Die Unternehmer werfen viele Hunderttausende hinaus, um ihren Arbeitern eine geistige Erholung zu schaffen. Daß du die Nase im Gesicht befällt, würde Onkel Präsig hier ausruhen, wenn er dies lesen würde. In Wirklichkeit trifft hier das Wort Lassalles zu, daß solche Blätter den geistigen Tod aus tausend Hörsprechenden. Und dann sollen die Arbeiter den Lauf der Welt durch die Brille der Bergzeitungen sehen. Das Weltbild, das man da erschaut, ist natürlich gar jeder Objektivität, ein Herrbild, allein darauf zugeschnitten, das für die Arbeitererschaft wichtigste zu verdrängen. Die Arbeiter der Großindustrie würden gern auf einen solchen „Freund“ wie die Bergzeitungen verzichten, wenn man ihnen das dafür ausgetragene Geld in Gestalt höherer Löhne zutommen läßt.

Belegschaftsgrößen und Arbeitsleistung. Bekanntlich wird die Rationalisierung der Produktion in der Weise aus, daß mit weniger Arbeitskräften die gleiche oder sogar eine höhere Produktionsmenge hergestellt wird. Recht interessant nach dieser Richtung ist die Entwicklung im Ruhrkohlenbergbau. Nach den Berichten des Landesberichtsamt der Rheinprovinz betrug die Belegschaftsgröße des gesamten rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbaus Ende April 1920 558 907 Mann. Gegen Ende März ist eine Verminderung von 10 594 und gegen Ende 1922 eine solche von 195 000 Mann eingetreten. Im Jahre 1913 betrug die Belegschaftsgröße rund 420 000 Personen. Die arbeitsmäßige Förderung hingegen betrug Ende Mai 352 284 Tonnen, Ende März 309 537 Tonnen und im Durchschnitt des Jahres 1913 379 840 Tonnen. Mithin Verminderung der Arbeiterschaft und Erhöhung der Förderung, selbst gegenüber der Friedenszeit, wo die Arbeitszeit eine längere war.

Immer wieder die Kartelle als Schutzwehr für den Proleten. In der Textilindustrie bestehen bekanntlich ebenfalls eine Reihe Kartelle. Eines der festesten davon ist der Verband der deutschen Veredelungsanstalten. Dieser hält trotz Krise und Absatzmangel an den alten Tarifen fest. Wie sich dies auswirkt, ist aus einer Mitteilung des VZ zu ersehen. Der Veredelungslohn einer Ware, der sich früher auf 11 vH des Preises stellte, beträgt heute 19 vH. Bei billiger, in loser Fadenstellung gewebter Ware beträgt der Anteil des Veredelungslohnes 30 vH, gegenüber 16 vH zu jener Zeit, als die Preise noch nicht vom Kartell bestimmt wurden. Die ausländischen Fabriken können infolge des hohen Lohnes (Kreuzabatt) nicht herangezogen werden, obwohl zum Beispiel die englischen Werke um 15 vH billiger zu liefern in der Lage sind. In es sind eben immer wieder die Kartelle, die letzten Endes den Preisabbau verhindern.

Der abgeleitete Weltwanderungskongress. Der infolge des Generalstreiks in England vertagte Weltwanderungskongress des IGB und der GAZ wird nun endgültig am 22. Juni im Holborn-Restaurant in London zusammenzutreten. Die im Zusammenhang mit der gespannten Lage in England von der britischen Regierung zurückgezogenen Passpässe der deutschen Delegierten sind inzwischen wieder gültig erklärt worden.

Zum Kapitel Unfallschutz gehört auch die Abteilung Berufskrankheiten. Hier sieht man die großen gesundheitlichen Gefahren, die sich bei der Arbeit mit Stahl, Leer, Holzspalttern, Staub, Blei, chemische Produkte ergeben. Bei all diesen Krankheiten ist es notwendig, daß der Arbeiter die Gefahren kennt und sich vor solchen Erkrankungen durch Sauberkeit schützt. Wird doch am meisten gefährdet dadurch, daß der Arbeiter mit seinen schmutzigen Händen seine Mahlzeiten einnimmt und somit seinem Körper die Gewerbegeifte direkt zuführt. Das wird besonders bei der Bleikrankheit und bei Milzbrand beobachtet.

Die Unternehmer zeigen, was sie zur Verminderung der Unfallgefahren tun. Das ist nicht sehr viel. Wenn an einigen Stellen Unternehmern Etablissements errichtet, so entstanden sie in der Regel nicht, um den Arbeitern eine gesunde Wohnung zu beschaffen, sondern um die Arbeiter anfassig und von den Unternehmern abhängig zu machen. Diese Unternehmerriedlungen in diesem Bau sind hier tatsächlich am falschen Platze.

Das wichtigste im Unfallschutz ist die Vorbeugung. Kennlichmachen gefährlicher Stellen, genügende Sicherung gefährlicher Betriebe, das ist das Notwendigste. Auch muß die Aufklärung über die Berufsgesfahren energischer geführt werden. Der Unfallschutz durch das Bild, eine Einrichtung, die jetzt überall betrieben und auch von den Gewerkschaften unterstützt wird, ist sehr erfolgreich.

Es schließt sich eine sehr lehrreiche Ausstellung über Gifte an. Nach einer Erläuterung sind Gifte Stoffe, die dem Menschen schädigen. Die Gifte können fest, flüchtig, staub-, dampf- oder gasförmig sein. Dann sind die bekanntesten Gifte, die in dieser oder jener Form auftauchen, angeführt, darunter auch Alkohol.

Alkohol
Mit dieser sehr guten Erkenntnis verlassen wir die Halle und betreten eine Sonderabteilung, die sich mit Alkohol und Geschlechtskrankheiten, zwei sehr nahe Verwandten, beschäftigt. Den Eingang ziert das wirkungsvolle Bildwerk Jacopins: „Der Lohntag“. Ein betrunkenen Mann liegt am Boden und die Frau steht mit drei kleinen Kindern und kummervoll geneigtem Anblick dabei. Das Bildwerk verleiht auf keinen denkbaren Menschen seine Wirkung. Die Ausstellung

Unfallversicherung

Und doch waren die Menschen heilfroh, wenn sie sich mit etwas den Sorgen erheben konnten. Kriegsbrod, Brüden, Mehl, hier verlassen die weissen die Ausstellung, da es ihnen schlecht wird. Es gehören werden kann, die schon eine Einrichtung ertragen haben, um dieses Zeug anzuschauen. Das Stück Kriegsälte, das da liegt, räumt auch mir die Bestimmung. Ich brauche es und gebe es die andere Seite. Lederjacke, Schutzhelm, Schutzhose, Lederhose, Papierhose; auch im Lederhose, alles hat es einmal gegeben und das ist noch gar nicht so lange her, nur die Menschen haben es vergessen.
Dann geht man noch die Kellereien, die es auf Warden gab und den denen sich die Arbeiter erheben wollten. Hier Geld und gute Verbindungen hatte, bekam auch noch so neugierig verschiedene. Daneben sehen die Arbeiter, die ein Mensch bekommt, um gesund zu bleiben. Dann ist erst das ganze Kriegsdenkmäler zu erkennen.
Einmal Mann und eine Frau in etwas verächtlicher Kleidung, die aus besseren Tagen zu kommen scheint, sehe ich vor einem Schankstisch stehen. Beide weinern. Herrsch glaube ich, sie habe das Elend so gekostet, aber bald erfährt ich von ihnen, daß damals doch bessere Zeiten gewesen seien. Es war Herr und Frau Kaffee aus Düsselbach, die vor dem Krieg nur einen kleinen Garten hatten, unter dem weisser Tom lag. Im Krieg waren sie dann Seifenfabrikanten geworden und jetzt soll das Geschäft sehr schlecht gehen. Wir brauchen einen neuen Krieg, heißt es, denn es war doch so schön, als aus Pferdewurst Zigaretten gemacht werden durften. Die Erinnerung war ihnen zu teuerlich.

Alkohol
Seite 37 ist dem Unfallschutz gewidmet. Hier verjammeln sich mit die Gewerkschaften, um ihre Schutzforderungen zu erheben. Sie stellen Forderungen an die Unternehmer, verlangen aber auch auf der anderen Seite: „Arbeiter, verweigert die Arbeit an Maschinen, die keine Sicherheitsvorrichtungen haben.“ Eine Statistik beweist, daß 60 vH der Unfälle auf menschliche Eigenschaften zurückzuführen sind. Die schlechteste menschliche Eigenschaft, die zugleich aber auch die verbreitetste ist, ist das Nichtbenutzen von Schutzvorrichtungen.

Direktorenwirtschaft und Lantienestandal

In den Geschäftsberichten der Gesellschaften und Firmen steht in 99 von 100 Fällen der Rehrhein wieder, daß die hohen Löhne und sozialen Lasten wesentlich an dem ungünstigen Ergebnis schuld seien und daß sie eine erforderliche und durchgreifende Preisfestsetzung verhindern.

Nach einer von Kurt Feinig gemachten Aufstellung bei 604 deutschen Industrieunternehmen haben im vergangenen Jahre von diesen 604 Unternehmen 296 keine Dividende gezahlt, aber dennoch wurden diese 286 Unternehmen mit 10,4 Millionen Mark Lantien belastet. Diese 604 Industrieunternehmen hatten 1913 im ganzen 3985 Aufsichtsräte, heute dagegen 5587. Das gleiche trifft auf die Direktoren zu. Die 604 Unternehmen hatten 1913 1329 Direktoren, heute dagegen 1828.

Wie sehen nun einzelne Fälle aus? In der „Hilfe“ vom 1. März wird über die Schuhfabrik Verneis-Bessels-Lugsburg mitgeteilt, daß die Zahl der höhergestellten Beamten und Angestellten in diesem Betriebe — der größte von allen Unternehmen der Gesellschaft — 1914 insgesamt acht betrug, darunter ein Direktor mit einem Monatsgehalt von 1000 M., drei Prokuristen mit einem Monatsgehalt von je 500 M., außerdem waren außer Tarif noch vier sogenannte gehobene Angestellte beschäftigt, ebenfalls mit einem Monatsgehalt von 500 M. Das ergibt eine Gesamtsumme an Gehältern für alle acht Beamte und Angestellte von monatlich 4500 M. Hören wir, wie der Apparat mit gleichen Funktionen heute aussieht und was er kostet: Nach dem Stande vom Oktober 1925 sind jetzt drei Direktoren notwendig, von denen zwei die niedliche Summe von je 5000 M. den Monat erhalten, während sich der dritte mit dem Gehalt von 3000 M. abfinden muß. Ferner braucht man heute sechs Prokuristen mit einem Monatsgehalt von je 800 M., außerdem sind noch außer Tarif sechs gehobene Angestellte notwendig, von denen fünf einen Monatsbezug von 650 M., der letzte einen solchen von 450 M. hat. Das Gehalt der Direktoren setzt sich folgendermaßen zusammen: 1/2 vD des Umsatzes von 7 Millionen ergibt 35 000 M., dazu ein festes Gehalt von 24 000 M., so daß sich das runde Summchen von 60 000 M. Jahresgehalt ergibt.

Und nun die Rehrseite. Zur „Verbilligung des Betriebes“ hat man 24 Angestellte gekündigt mit einem Monatsgehalt von durchschnittlich 200 M. Das ergibt im Monat eine Einsparung von 4800 M. oder im ganzen Jahr von 57 600 M. Man vergleiche: ein Direktor bezieht 60 000 M., 24 Angestellte zusammen 57 600 M.

In der „Hilfe“ vom 15. März wird der Faden fortgesponnen mit einigen Zahlen von der „Mitteldeutschen Kreditbank“:

In Frankfurt a. M. werden bei etwa 130 Angestellten (einschließlich Prokuristen, Bevollmächtigten, Gehilfen und Kassisten) acht Direktoren beschäftigt. In Gießen sind bei rund 40 Angestellten, Lehrlingen und Kassisten nicht weniger als fünf Direktoren tätig, in Köln bei einem 25köpfigen Personal zwei Direktoren, in Nürnberg bei rund 20 Angestellten, Prokuristen usw. vier Direktoren, in Augsburg bei etwa 15 Angestellten usw. drei Direktoren, in Mainz bei 15 Angestellten usw. zwei Direktoren, in Wiesbaden bei 18 Angestellten zwei Direktoren. Ein günstiger Wind hat uns auch Unterlagen über Ausgabenziffern bei diesem Institut auf den Tisch geweht. Nach diesem einwandfreien Material wurden in Frankfurt a. M. im Juni d. J. an die oben erwähnten acht Direktoren netto 13 890,50 M. an Gehalt gezahlt, während sich die Gehaltsausgaben an etwa 160 Angestellte im gleichen Monat auf rund 38 000 M. beliefen. In Osnabrück 1925 erhielten die acht Direktoren in Frankfurt a. M. „Ostereier“ in Form von besonderen Zulagen, die den Betrag von 23 600 M. ausmachten. In diesen genannten Summen sind nicht die Lantien enthalten, die an die Direktoren in Frankfurt a. M. für das Jahr 1924 ausgerechnet worden sind und die gleichfalls erhebliche Beträge ausmachten, so daß nach unserer Berechnung, die sich auf sorgfältige Unterlagen stützt, jedes Vorstandsmitglied ein Jahresinkommen bei der Bank bezieht, das zwischen 60 000 und 70 000 M. liegt. Hierbei sind völlig unberücksichtigt gelassen die Lantien, die den Direktoren aus Aufsichtsratsstellen in verschiedenen Gesellschaften zufließen.

Calwer schreibt in seinen Monatsberichten über die Zigarettenfabrik Kaszmaß, die Stilllegung beantragt hatte, um einige tausend Arbeiter und Angestellte zu entlassen wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage:

„Trotzdem hat diese Firma innerhalb 6 Wochen ausgegeben: für Zigaretten 1 600 000 M., Zigarettenreklame in Eisenbahnmagazinen 650 000 M., Jahresgehalt f. 7 Direktoren u. 3 Prokuristen 528 000 M., Lantien für Direktoren und Prokuristen 180 000 M., Gehalt für 200 Angestellte 230 000 M.“

Das sind Zahlen, die uns zeigen, wie die augenblickliche Wirtschaftslage von den Unternehmern dazu mißbraucht wird, um aus der Arbeiterzeit noch größere Profite herauszuholen.

In einer Zeit, da die Aktionäre zahlreicher deutscher Unternehmen keine oder nur eine geringe Vergütung für ihr Kapital erhalten, macht es, was nicht wundernehmen kann, böses Blut, wenn für den Aufsichtsrat oft Bezüge ausgeworfen werden, die in keinem

richtigen Verhältnis zum Aktionärertrag und zur Geschäftslage wie Rentabilität des Unternehmens stehen. Wohlgerichtet, die Vergütung einer Vergütung an den Aufsichtsrat als Entschädigung für seine Arbeit und Verantwortung wird kein vernünftig denkender Aktionär bestreiten. Was berechtigten Unwillen erregt, ist das Übermaß und das Mißverhältnis. Wenn zum Beispiel die Maschinenfabrik Griesner an die Aktionäre 630 000 M. an Dividende zahlt und der jährliche Aufsichtsrat mehr als 100 000 M. an festen Vergütungen und Lantien erhält, so scheint hier doch das Gute zu viel getan zu sein.“

In einem süddeutschen Industriewerk betragen die monatlichen Aufwendungen an Gehältern

für 60 Angestellte	12 000 M.
für 3 Direktoren und Prokuristen dagegen sind im gleichen Zeitraum	13 000 M.
nötig. Daneben wird eine Lantie von monatlich	4 000 M.

garantiert, natürlich nicht für Angestellte. (Hilfe Nr. 9, 1925.) Die gewiß nicht arbeiterfreundlichen Leipziger Neuesten Nachrichten schreiben am 26. Januar 1926 über das gleiche Thema:

„Zum Beweis für die Behauptung, daß der Direktions- und Verwaltungsapparat zahlreicher Mittelunternehmungen heute noch aufgebliht ist, haben wir eine Untersuchung angelegt. Wir haben für 10 bekannte sächsische Industrieunternehmen die Zahl der heutigen Direktions- und Aufsichtsratsmitglieder mit den Vorkriegsziffern (1913) verglichen. Dabei wurden nur solide Unternehmungen ausgewählt, die während der Inflation weder eine größere kapitalmäßige noch geschäftliche Expansion getrieben haben, so daß das Ergebnis möglichst günstig ausfallen möge. Es stellte sich bei dieser Gegenüberstellung heraus, daß diese 10 Gesellschaften heute 30 Direktoren und 74 Aufsichtsratsmitglieder beschäftigen, während sie 1913 insgesamt 20 Direktoren und 50 Aufsichtsratsmitglieder besaßen.“

Die Leistung dieser Unternehmen ist also heute noch um 50 vD größer als vor dem Kriege, wobei berücksichtigt werden muß, daß der geschäftliche Aktionsradius heute meist kleiner ist. Bei einem sächsischen Bankinstitut, das heute nur mit einem Drittel seines Vorkriegskapitals arbeitet, ergibt sich sogar mehr als eine Verdoppelung des Aufsichtsrates und eine um 2 Personen (50 vD mehr) vergrößerte Direktion. Nur bei einer einzigen der unter Untersuchung zugrunde gelegten Gesellschaften hat die Leistung noch die gleiche Anzahl Personen wie vor dem Kriege. Ist es Zufall, daß gerade dieses Unternehmen sich heute wieder gut rentiert und im Jahre 1924 seinen Aktionären 12 vD Dividende zahlen konnte?“

Beim Farbrüst entfällt auf jedes Aufsichtsratsmitglied im vergangenen Jahre eine Lantie von	38 760 M.
Beim Stahlwerksverband in Düsseldorf beträgt das Jahresgehalt des Direktors	180 000 M.
Beim Röhrenverband beträgt das Jahresgehalt des Direktors	110 000 M.
des Stellvertreters	75 000 M.
der Titulardirektoren	75 000 M.

Die Thypsenwerke beschäftigten: vor dem Kriege 3800 Arbeiter und 3 Direktoren heute 3600 7

Die Dortmunder Union beschäftigte: vor dem Kriege 6400 Arbeiter, 5 Direktoren und 21 leitende Beamte heute 10 000 Arbeiter, 19 Direktoren und 67 leitende Beamte

Die Gutehoffnungshütte beschäftigte: vor dem Kriege 9000 Arbeiter und 4 Direktoren heute aber 8000 10

In einem Aufsatz der kölnischen Volkszeitung vom 5. Januar 1926 über Kraftquellen zur Behebung der Wirtschaftsnöte äußerte sich Landgerichtsrat Frangen über diese Frage mit Recht:

„Daß endlich die Wirtschaftskreise in der Lage sind, sich selbst neue Kraftquellen zu erschließen, wenn der Einsicht nur einmal die Kraft des Eingetretens und die wahre Tat folgen würden, zeigt ein kurzer Hinweis. Ich betone die Notwendigkeit des Abbaues der teuren Aufsichtsräte, vor allem dort, wo sich in einer Hand Dutzende von Stellen vereinen. Hier stehen Leistung und Entgelt in einem unzulässigen Widerspruch. Die Aufsichtsräte zehren stellenweise am Wack der Gesellschaften.“

Selbst der Holzmarkt, das Blatt der Unternehmerverbände der Holzverarbeitenden Industrie, wendet sich in einem Aufsatz „Sozialpolitische Betrachtungen“ vom 13. April 1926 gegen den Massenabbau der Arbeiter und weist auf die Folgen eines solchen Massenabbaues hin. Er schreibt: Der Massenabbau und der bekannte Revers betreffs Gehalt- oder Lohnherabsetzung, dessen Nichtanerkennung zur Entlassung führt, sind nicht immer wirtschaftliche Notwendigkeiten, sondern sehr oft nur große Modefächen, Nachahmung dessen, was andere tun oder schon getan haben. Aber die „Direktorenwirtschaft“ werden so treffende Worte gesagt, wie wir sie selbst nicht besser sagen könnten:

„Wenig in Einklang mit den vorbeschriebenen Vorgängen steht das innere, sozusagen intime Gebaren zahlreicher Großunternehmen, Aktiengesellschaften usw., das Aufsichtsrats- und Direktorenunwesen. Der babilische Finanzminister sagte im vorigen Landtage

hierzu: Die Einrichtung der Aufsichtsräte der Aktiengesellschaften zeigt einen Mißstand, der nach schleuniger Abhilfe ruft. In den meisten Fällen handelt es sich bei den Aufsichtsräten gewählten Lantien nur um arbeitsloses Einkommen, um Sinecuren, die vom Ertrag des Unternehmens abgehen und damit dem eigentlichen Geldgeber, dem Aktionär, entzogen werden. Dasselbe gilt von dem Direktorenunwesen der heutigen Wirtschaft.“

Angesichts der Fälle der vorgebrachten Beweise bedarf es keiner weiteren Worte. Es ist aber zu wünschen und zu hoffen, daß das Reichsarbeitsministerium und die Schlichtungsbehörden bei ihren Entscheidungen über den Abbau von Arbeitern und Löhnen sich diese Dinge stets ins Gedächtnis zurückrufen und nicht mehr achtlos daran vorbeigehen. Lutus.

Der Reorganisor

Buzellen des Taylorismus liegen sich in Nordamerika Fabrikanten mit Einfaltspinneln oder Schwindlern ein, die den Betrieb unter Garantie auf die „wissenschaftliche Betriebsführung“ umstellen wollten. Wegen schweres Geld natürlich. Bald hatten sie den Betrieb wieder durcheinander gebracht, die Belegschaft zum schärfsten Widerstand gegen die „wissenschaftliche Betriebsführung“ aufgebracht und die Taylors gottfährlich blamiert. Verschiedene Zuschriften, die uns die letzten Wochen zugehen, lassen annehmen, daß sich deutsche Fabrikanten jetzt gleichwertige Leute zwecks „Nationalisierung“ ihrer Betriebe zugelegt haben. Wir lassen hier eine dieser Zuschriften folgen.

Nationalisierung ist das große Schlagwort der Gegenwart. Und nicht nur kann man sich darunter allerhand vorstellen, man kann auch so manches damit bemänteln, was man sonst allzu offen zu tun sich doch vielleicht ein bißchen scheuen würde. In den meisten Betrieben hat man zunächst die Sache so aufgefaßt, daß man sich einen neuen Mann, den sogenannten Reorganisor, oder oft auch mehrere Herren, dann eben die Reorganisatoren, verschrieben hat.

Der Reorganisor ist nicht nur der neue, sondern auch der alte Mann, der das fast unbeschränkte Recht hat, in alles hineinzufragen, was Betriebsvorgänge betrifft, in alles hineinzuweisen, wovon er etwas versteht oder auch nichts versteht. Er ist dort vorne, bald hinten im Werke, bald auf dem Dachboden, bald im tiefsten Keller. Zweifelsohne hat er das Talent, immer dann auf der Widslache zu erscheinen, wenn kein Mensch etwas Böses gedacht hat.

Seine erste Funktion besteht in der Regel darin, frühmorgens bei Beginn der Arbeit festzustellen, ob die Arbeiter pünktlich die Lohnkontrolle passieren und genau auszurechnen, wieviel Arbeitsstunden für die deutsche Volkswirtschaft jährlich dadurch verloren gehen, daß so viele Arbeiter morgens erst in der Minute des Glockenschlages, noch angezogen, ihre Arbeitsräume betreten und nicht schon, wie das eigentlich der Vorchrift entspricht, feste bei der Arbeit sind, um erst dann wieder auszugehen, wenn das Zeichen zur Pause gegeben wird.

Der Reorganisor ist meistens nur Theoretiker. Seine wichtigsten Ausrüstungsstücke sind der Rechenzylinder und die Stoppuhr. Beide hat er immer bei sich. Er ist geradezu Meister im Zeitmessen und Berechnen. Todsfürer rechnet er den Arbeitsgang für jedes Werkstück billiger aus, als es bisher berechnet war. Er liefert schon allein dadurch den Beweis dafür, daß bislang nicht der rechte Mann am rechten Platz gestanden hat. Und er mißt genau, bis auf hundertstel Sekunden genau. Dabei hat er nicht selten das Glück, auf einen angestrichelten Arbeiter zu stoßen, der, solange der Mann mit der Stoppuhr hinter ihm steht, arbeitet wie ein Besessener, ohne daran zu denken, daß er nach zwei Stunden solcher Paß todlicher zusammenbrechen würde. Ganz gleich, der Reorganisor stoppt ab, mißt und berechnet. Er berechnet vollständig neue Preise, die ein ganz neues Arbeitsmaß beinhalten, und im Endergebnis doch auf das alte herauskommen. Er macht Spalten- und seitenslange Aufstellungen, reißt Zahl an Zahl oder läßt das von seinem Gehilfen machen, kurz, er sorgt für die Verrechnung der Schreibarbeit und Zettelwirtschaft im Betrieb, die in gar keinem Verhältnis steht zur wirklich eingeparteten Arbeit. Er gibt Erlasse und Verbordnungen aus, über die man im Betrieb langst aus Gründen einer rationalen Arbeitsweise zur Tagesordnung oder Tagesarbeit übergegangen ist. Man nennt das Rationalisierung!

Der Reorganisor ist mitunter nicht einmal ein wahrens Mensch, wohl aber ein großes Kind, das mehr Witz als Klugheit besitzt. Das Kind steht bis über die Ohren in Theorien, spricht ständig von amerikanischen Arbeitsverfahren, von denen es sicherlich viel gehört oder gelesen hat. Aber seinen Theorien vergibt es, daß es mit Menschen aus Fleisch und Blut und mit Nerven zu tun hat, die man nicht, gleich Automaten, morgens auf die Sekunde anzuhaken und, je nach dem Betriebsbedarf, acht, neun, zehn Stunden laufen lassen kann. Der Betriebsrat sollte an solch einem Reorganisor seine helle Freude haben, weil gerade er ja zeigt, wie bitter notwendig für Belegschaft und Unternehmen die gesetzliche Betriebsvertretung ist. Der aufmerksame Betriebsrat kann verhindern, daß die Rationalisierung nicht auf eine Steigerung der Konkurrenzfähigkeit hinausläuft. Freilich, noch mehr muß der Betriebsrat darauf sehen, daß der Reorganisor nicht auf Kosten der menschlichen Gesundheit seine tollschürigen Sprünge verübt. Denn das ist nicht Rationalisierung der Wirtschaft, sondern Raubbau am höchsten Gute der Nation. J. v. S.

50000 Hektar Land

ein Stück so groß wie der Freistaat Oldenburg, haben die Gerichte bisher den Fürsten zugesprochen. Dieser Besitz, Wald und Eisenbergbau, gehört der Allgemeinheit, dem Volke! Geht den Millionen zur, was ihnen ein paar Menschen geraubt!

räumt gänzlich mit dem Glauben ein, daß man Alkoholern heimlich ein Mittel eingeben könne, welches sie mit Absicht gegen den Alkohol erfülle. Ein solches Mittel gibt es nicht und die Mittel, die als solche mit riesiger Messung und für schweres Geld angeboten werden, sind glatter Schwindel. Helfen kann nur selbstbetrußte Kraft, die sich in der vollständigen Abstinenz ausdrückt.

Ein Blatt wirft die Frage auf: „Warum trinkt der Mensch überhaupt Alkohol?“ Diese Frage wird beantwortet: „Der Mensch trinkt von der Wiege bis zur Bahre; er trinkt im Sommer, wenn warm ist, und im Winter, wenn kalt ist; er trinkt, weil er gesund ist, und dann trinkt er, weil er krank ist; er trinkt, um seinen Kummer als Junggeheile zu verschleuchen, und er nimmt „einen“, um die Ehefreuden zu vergessen; frühmorgens genießt er Alkohol, um munter zu werden, und abends trinkt er wieder, um schlafen zu können; er trinkt, weil er schläft ist, und trinkt, weil er traurig ist; er trinkt, weil er noch müde ist, und dann trinkt er weiter, weil er schon befallen ist; kurzum, der Mensch trinkt immer, er hat immer einen Grund.“

Die Folgen des Alkohols sind schwer. Abereinstimmend berichten Schulen, Behörden und Justizstelle, daß im Jahre 1918, in dem es fast keinen Alkohol gab, die Zahlen der Geisteskranken, Unfallverletzten, Eitragensfälle, Verbrechen usw. sehr gering waren, mit dem stärkeren Schnapskonsum, wie wir ihn jetzt wieder zu verzeichnen haben, sind diese Zahlen wieder bedeutend in die Höhe gegangen.

Viele Institute nehmen sich der Opfer der Trunksucht an. Die alten deutschen Trinksitten sind oft schuld, die den Mann, der nicht mindestens seinen Magen mit fünfzehn Glas Bier malträtiert kann, überhaupt nicht als voll wertet. Solche Unglückliche suchen zumeist selbst die Trinkerheilstätten auf und werden sehr schnell geheilt. Arbeiter- und bürgerliche Abstinenziten, Guttempler und andere betreiben eine planmäßige Aufklärung, die besten Ärzte beteiligen sich.

In Deutschland wird jährlich für 3 1/2 Milliarden Mark Alkohol in den verschiedensten Formen getrunken. Bedauerlich ist, daß an diesen 3 1/2 Milliarden verdammt viel Tropfen Arbeiterschweiß hängen. Die Aufstellung zeigt einige Einzelere, eines besagt, daß ein Arbeiter z. B. mit 600 Hektoliter Bierumlauf und sehr viel Schnapskonsum zu verkaufen sei. Diese „Co. d. Grube“ kostet 10 000 M.

Braupapital

Um manche Erfahrung reicher verlaße ich diese Halle und steige in die nächste. Ich bin sprachlos. Geradenwegs aus der Alkoholgenussausstellung kommt man in die Halle des deutschen Braupapitals. Alles, was die Ausstellung sonst beweist, hier in dieser Interessentenhalle wird alles glatt über den Haufen gemworfen. Im großen ganzen ist diese Halle des Braupapitals auf dieser Gesundheitsausstellung ein Unfug. Das Braupapital kann es sich aber leisten, denn die haben ja das meiste Geld und auf dieser Ausstellung haben sie es sich etwas leisten lassen.

Sie beginnen Ihre „Vollbauklärung“ mit der verlogenen Behauptung, daß die Fabrikation alkoholischer Getränke eine ganze Industrie ernähre. Nichts ist falscher als das. Gemessen an der Weltsumme steht im Bier die allerwenigste menschliche Arbeitskraft. Rechnet man an, von den 34 Milliarden Alkoholgeld entfielen 2 Milliarden auf die Bierfabrikation und was damit zusammenhängt. Wenn nun dieses Geld nicht mehr in Alkohol, sondern in Kleidergeschäfte, Bücher usw. umgewandelt würde, so würde nachweisbar die doppelte Anzahl Menschen an dieser Produktion Beschäftigung finden. Der schlagendste Beweis sind doch die riesigen Altblenden, die das Braupapital genißt.

Dann führen sie den Nachweis, daß ein Bechereisen einfach Alkohol haben müßte. Allerdings, wo Zucker sei, sei Hefe, und wo Hefe sei, sei auch Alkohol. Alkohol gehöre zu den Lebensnotwendigkeiten. Jedes Tier, das sich von Nistennestern nähre, züchte in seinem Darm Hefe und die Hefe arbeite sich um zu Alkohol. Das sei bei Insekten, Vögeln und Säugtieren der Fall. Der Fuchs sei das schlaueste Tier, weil der Fuchsmagen und Darm am meisten Hefe und Alkohol fabriziere.

Mit besonderem Eifer wird auf die Braupapital, die Treber und ähnliches hingewiesen. Sie beweisen, daß eine Kuh ohne Treberfütterung nur 10 Liter Milch gebe, aber mit Treberfütterung 20 Liter. Dabei vergleicht sie bloß die Grünfütterung und geht der Frage aus dem Wege, was die gleiche Kuh für Milch geben würde, wenn sie zum Grünfütterer etwas reinen Gerstenschrot erhielt.

Gatten die Antialkoholiker beweisen, daß die Leistungsfähigkeit bei Alkohol sinke, diese Angaben waren zumeist die Erfahrungen bei

deutender Ärzte, so weiß das Braupapital glatt nach, daß nach Alkoholgenuss die körperliche Leistungsfähigkeit sinke. Als Kronzeugen führen sie dann gewöhnlich Militärs an.

Dann müssen alle Dichter und Denker des deutschen Volkes herhalten, um den Stoff zu verzerren. Der keltige Goethe muß sogar zweimal dran glauben. Dabei weiß die Welt, daß Goethe im Alkoholgenuss sehr mäßig gelebt hat. Unter den alkoholpreizenden Männern sind auffallend viel Gelehrte, besonders Könige und Kaiseroberen. Könige und Alkohol schmecken sehr nahe verwandt zu sein. Wo deutsche Belange gewahrt werden, muß selbstverständlich Wismar, der Große Kurfürst und der Alte Fritz mit her. Sie sollen begeisterte Biertrinker gewesen sein, der Alte Fritz soll sogar einmal gesagt haben, er sei mit Bieruppe großgezogen. Vielleicht war das die Ursache von seinem verdoppelten Geschlecht.

Dogmatischen ragen immer wieder schöne Malate auf mit der Inschrift: „Arbeiter, laßt euch euer gutes Glas Bier nicht rauben!“ Nun fällt es ja niemand ein, dem Arbeiter das Bier zu nehmen, aber der Arbeiter muß über den Alkohol und seine Folgen aufklärt und vor allen Dingen vom Alkoholmißbrauch abgehalten werden. Die Alkoholischen sind unerkennbar und daß die deutsche Arbeiterbewegung den Alkohol schon bis zu einem gewissen Grad überwinden hat, ist ihr allergrößter Erfolg. Darum wehren wir uns auch gegen eine besondere Propaganda, wie sie das Braupapital betreibt, um die Arbeiterkraft wieder in den Bann des Alkohols zu bringen. Das bringt den Herrschenden Profite und den Unternehmern eine willige Proletenherde. Prohibit erklären die Braugehaltigen, wer kein Bier trinke, sei krank und degeneriert. Die alten Germanen seien diese Seele gewesen, nur weil sie täglich Mett gelassen hätten. 1/2 Liter Bier enthalte die Nährstoffe von 25 Gramm Rindfleisch oder 3/4 Eier. So wird jetzt drauflos geschwätzt.

Der Gipfel des Stumpfsinns, der aus dieser Brauegitation herauskragt, ist der Ausdruck eines preussischen Landtagsabgeordneten, der einmal gesagt habe: „Das Bier, das nicht getrunken wird, hat seinen Zweck verfehlt.“ Damit hat sich das Braupapital auf der Folgelei selbst gerichtet und die Verantwortlichen der Gesetze mögen sich einige Vorberblätter von dieser Kuhmesstanz schonen lassen.

Zellenbauerei mit Wasserdampf

Der verfluchte Karren scheint nicht so laufen zu wollen, wie es an hoher und höchster Stelle gewünscht wird; nämlich die Eroberung der Gewerkschaften für den Kommunismus, und damit meinen sie, die Gewerkschaften unter das Kommando der Kommunistischen Partei zu bringen. Jetzt ist wieder der ausdrückliche Befehl gekommen: „Mit Wasserdampf voraus!“ Die Wahl zu unserem Metallarbeiterverbandstag war der Grund. Kilometerlange Umfahrungen haben die Oberstrategen an die Parteianhänger herausgegeben mit der Aufforderung, daß die RW im Wahltag im Metallarbeiter-Verband einen großen Sieg davonzutragen habe. Daß dies nicht leicht wird, davon sind sie selbst überzeugt, und so lauen sie es sein vor, wie gearbeitet werden muß.

Vor allen Dingen müssen neue Zellen gebaut und die alten, schlecht arbeitenden mit neuem Leben erfüllt werden. Jede Fraktion muß sehr oft einberufen werden und hat sich nur mit der Wahl zum Verbandstag zu beschäftigen. Jedes Mitglied muß einzeln eingeladen werden. In allen Parteiveranstaltungen, Stadt-, Delegierten-, Zellengruppen- und Zellenversammlungen ist über die RW-Wahlen zu sprechen. Das alles ist ja das persönliche Vergnügen der Kommunisten, aber die Anweisungen gehen weiter und verlangen Verbandsmitgliederkontrollen in den Betrieben. Davon haben die Kommunisten die Finger zu lassen, sie können ihre Parteimitglieder kontrollieren, ob sie gewerkschaftlich organisiert sind, das wäre sogar ihre Pflicht und auch bei ihnen dringend nötig, aber im Betrieb hat die Gewerkschaft die Kontrolle selbst auszuüben.

Dann verlangen die Kommunisten von ihren Anhängern, „noch in die“ Wochen viel unorganisierte Arbeiter dem Verband zuzuführen. Es wäre ja sehr nett, wenn die Kommunisten sich endlich dazu verstehen würden, ernsthaft für den Verband zu werben. Das liegt ihnen aber fern, sie wollen bloß jetzt einen Haufen Parteimitglieder in den Verband dirigieren, und wenn sie dann auch bloß eine oder zwei Karren haben, wenn sie gewählt haben, dürfen sie sich wieder vergehen. Diese Beobachtung ist sehr viel schon gemacht worden und an der Wachsamkeit unserer Kollegen muß dieser kommunistische Unfug, der dem Verband nur viel Geld kostet, endgültig scheitern.

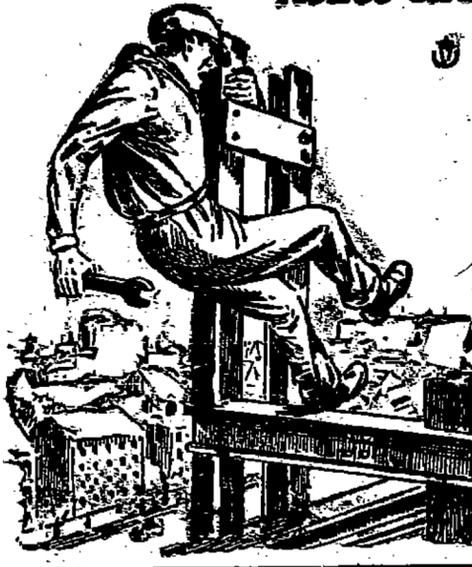
Endlich sollen die Kommunisten mit allen Mitteln darauf hinarbeiten, daß die Metallarbeitergeneralversammlung in einer Betriebsversammlung als besonderer Tagesordnungspunkt behandelt wird. Das ist wieder der alte Stank. Betriebsversammlungen sind Zusammenkünfte der gesamten Belegschaften, hier kommt alles zusammen: Organisierte und Unorganisierte, Christen und Götze, Unionisten und Syndikalisten, und vor dieser erlauchten Gesellschaft sollen die Verbandsangelegenheiten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes erledigt werden. Daß es lustig wird, dazu sind die Kommunisten besonders angehalten, denn sie hören laut Anweisung ihr kommunistisches Programm dem revolutionären gegenüberstellen. Wie das kann gehen, kennen wir.

Die kommunistische Partei stempelt die Betriebswahlen zum Metallarbeiter-Verbandstag zur reinen Parteifache. Alle haben sich in den Wahlbüchern zu stellen und jede Parteiveranstaltung hat während dieser Zeit zu unterbleiben. Die Parteianweisungen besagen weiter: „Die Betriebsleitungen sollen regelmäßig in Verbindung mit der Verwaltung der allgemeinen Parteiaufgaben bestimmen, welche Aufgaben in den Gewerkschaften durchgeführt werden sollen.“ Daher muß die Unmöglichkeit in den Gewerkschaften. Die Kommunisten befehlen sich, Aufgaben für die Gewerkschaften zu bestimmen, die nicht durchführbar sind und nur berechnen sind, den Betriebsleitungen Schwierigkeiten zu bereiten. Die sind gezwungen, diese Demagogien zurückzuweisen und dann blüht der kommunistische Weizen, dann drauf auf die Betrüger. So geht es nun nicht. Die Gewerkschaften müssen unabhängig von Parteien bleiben und können ihre Vorstöße nur aus den Wünschen der Betriebsangehörigen ziehen. An diesem Grundgesetz darf nicht gerüttelt werden.

Ferner bedient sich die kommunistische Partei einiger Fälschungen, um ihren „Sieg“ zu erreichen. Sie berichten fälschlicherweise, daß zur Betriebswahlenwahl nur Listen- und keine Personenwahl stattfindet. Damit versuchen sie Verwirrung zu stiften. Auch der Wahlordnung und der Wahlverfahren des Verbands dazu findet man dort Listenwahl, wo der positiv wirkenden Wähler der Arbeitergewerkschaftsrichtung eine Oppositionsliste gegenübersteht. Letzteres ist ausschließlich in vielen Wahlabteilungen nicht der Fall. Der innere Befundungsprozess ist in unaufrichtiger Form dargestellt worden. Es werden eine erhebliche Anzahl reiner Personenwahlen festgestellt, wie dies bereits ein ansehnlicher Teil der Mitglieder des Verbands für die bevorstehenden Betriebswahlen verlangt hat. Das ist im Verbandsinteresse nur zu begrüßen. Die Mitglieder sollen ihre besten und erfahrensten Kampfmänner für die Sache der Arbeiterklasse zum Verbandsstag entsenden. Wenn sich also nicht zwei Seiten einander gegenübersehen, dann findet Personenwahl statt.

Entscheidend die Sache nicht zu sein, zu der mit solchen Mitteln gemacht werden muß. Wir wünschen ihnen sehr viel Glück, aber gar so dumme und auffällige hätten sie doch nicht den Laden aufziehen können. Beraten sie doch mit der empfehlenswerten Förderung der Zellenbauerei und des Einflusses ihres Apparates zur Vereinfachung der Betriebswahlen zum Verbandsstag in Bremen, daß es ihnen nicht ist die Förderung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes als Kampfgewerkschaft der Arbeiter, sondern anfangsere dogmatische Parteiziele an dem mit. Unsere Mitglieder, die es ernst mit der Organisation und ihrer Erhaltung und weiteren Stärkung meinen, werden wissen, was sie zu tun haben. Armes Festhalten am Verbands, der ihnen ein Schutz und Schirm in allen Lebenslagen, zugleich auch ein Wegweiser einer besseren Zukunft ist. Gering an feinen Ansehen mitarbeiten, an feinen Geschäften kleinen Anteil nehmen, das ist es, worauf es ankommt. Nur wer sich so zum Verband und seinen Aufgaben stellt, wird ihm gerecht.

Der hatte abgenutztes Werkzeug und sollte sich nicht an



Besondere Vergnügen reicher Lagegebiete. Der Schreiberling hat Glück gehabt, als er den Formern bei der Arbeit zusah, hätte ein Formner das gemerkt, so hätte er den aufrichtigen Rat erhalten, dem Menschen beim... zuzusehen und nicht bei der Arbeit. Das gefährliche Abgleiten scheint der Mann auch bloß von weitem gesehen zu haben, denn er schildert das Gesehen als „unvergleichlich schönes Schauspiel von bezwingender Wirkung“. Wäre er doch einmal näher hingegangen in die jenseitige Welt des 1200gigadigen Eifers und hätte er einmal mit dem Saß eine Dreizehnerpflanze angefaßt, dann wäre ihm wohl die bezwingende Wirkung klar geworden. Zuletzt schwafelt er noch etwas zusammen über die Formner als Hochverdiener. Der alte Schwindel, der dadurch nicht wahrer wird, daß er immer wiederholt wird. Dann seien die Möglichkeiten zum „Aufsteigen“ für den Formner sehr groß, sie könnten sehr leicht Reiziter und sogar „Ingenieur in seinem Sonderberuf“ werden.

Höher geht es nicht mehr. Aber es muß sehr faul um eine Sache stehen, für die mit solchen Mitteln gewonnen werden muß. Eltern und Jugendliche sind hiermit vor Illusionen gewarnt.

Die Hanauer Diamantindustrie

Die Hanauer Diamantarbeiter stehen im Abwehrkampf gegen den Verband der Schleifereibesitzer, der die Forderungen der Arbeiter befehligen will. Der Sturz des belgischen Franken sollte die Begründung für die geplante Verschlechterung sein. Die Firma Ginsberg, die 130 Arbeiter beschäftigt, versucht die Krise auszuweichen, indem sie ihren Arbeitern Einkünfte mit der Maßgabe, den Tarif um 20 vH abzubauen. In der Presse wurde die Sache so hingestellt, als ob ein 20prozentiger Lohnabbau gar keinen Einfluß auf die Lebenshaltung der Arbeiter habe, dabei sind die Löhne der meisten Diamantarbeiter nicht wesentlich höher, als der Lohn der ungelerneten Arbeiter anderer Berufe. Das Borgehen der Firma Ginsberg ist nur so unerschrocken, als sie jetzt erst durch Verschlechterung des Rohstoffes (aus Dred sollen gute Steine geschleift werden) und beschleunigten Schließ der Verdienste der Arbeiter bedeutend verschlechtert.

Die Diamant Schleifereibesitzer glauben die Wirkung des Frankenschwundes durch eine Herabsetzung des Lebensstandards der Arbeiter auszugleichen. Selbst wenn die deutschen Diamantarbeiter sich mit dem Lohnabbau abfinden würden, was nach Lage der Sache unmöglich ist, würde da die Katastrophe verhindert werden? Nein! Der Vertreter einer größeren Schleiferei erklärte einem Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gegenüber, selbst wenn der Tarif herabgesetzt würde, solange die Verhältnisse am Weltmarkt so verworren sind und ein Ausgleich des Frankens nicht geschaffen werden kann, wird kein Klein mehr nach Deutschland kommen. Wir schließen uns dieser Auffassung an, auch eine weitere Herabsetzung des Tarifs kann die Katastrophe, der die deutsche und die holländische Industrie entgegengehen, nicht verhindern, wenn es nicht gelingt, durch Schaffung eines festen Tarifs in Belgien einen Ausgleich zu schaffen.

Der Sturz des Frankenschwundes auf die deutsche Industrie kann daher nicht durch eine Herabsetzung der Lebenshaltung der deutschen Diamantarbeiter, sondern durch die Schaffung eines festen belgischen Tarifs wirksam ausgeglichen werden. Die deutschen Diamantarbeiter, die im Bekleid der Diamantarbeiter organisiert sind, haben beim Verbands des Weltbundes durch den Deutschen Metallarbeiter-Verband dringende Schritte unternommen. Der belgische Diamantarbeiterverband steht mit den dortigen Unternehmern in Verhandlungen und angetrieben in dieser Situation wollen die deutschen Schleifereibesitzer, von denen ein großer Teil gut läte, wenn er sich selbst wieder an den Schleifstuhl setzen würde, den Tarif um 20 vH abbauen. Damit werden alle Bestrebungen der Arbeiter, die Katastrophe abzuwehren, verhindert. Die Sache, die jetzt in Hanau ausgefochten wird, ist keine Angelegenheit der deutschen Diamantarbeiter mehr, sondern eine Angelegenheit des Weltbundes.

Das Haus der Buchdrucker

Der Verband deutscher Buchdrucker und Schriftsetzer hat sein neues Verbandshaus, Berlin, Dreikönigsstraße Nr. 5, seiner Bestimmung übergeben. Es lohnt sich, dem einige Zeilen zu widmen. Das Gebäude liegt schon von außen Zeugnis davon ab, was eine starke Gewerkschaft zu leisten imstande ist. Junglich bildet es einen Beweis für die erstarrte Gewerkschaftsbewegung überhaupt.

Bereits in der Vorkriegszeit wurde von der Leitung des Buchdruckerverbandes der Beschluß gefaßt, ein eigenes Verbandshaus in Berlin zu errichten. Der Krieg machte einen Strich durch diese Rechnung. Im Jahre 1920 wurde der Beschluß erneuert. Wieder kam ein unvorhergesehenes Ereignis hinzu: Mit der Inflation ging nicht allein der Plan, sondern auch das Verbandsvermögen, das bei den Buchdruckern nicht gering war, in Trümmer. 1924 wurde der Beschluß erneut gefaßt und zugleich ein Sonderbeitrag von 20 vH je Mitglied und Woche auf die Dauer von zwei Jahren in Aussicht genommen. So konnte mit dem Jahr begonnen werden. Heute steht sich das Gebäude bereits schon in die Luft als ein ehrendes Zeugnis für die unerschütterliche Loyalität der Buchdrucker. Untergebracht sind hier die Aemter des Verbandes, der Bildungsausschuss, der Buchdrucker, Redaktions und Geschäftsraum des Verbands, ein nach jeder Richtung unerschütterlicher Druckereibetrieb, Buchbinderei und 16 Wohnungen für die Angehörigen. Die Schlußphase der Zusammenbauarbeiten hat die Eröffnung. Eine vorzügliche Einrichtung zeigt man sich der große Saal. Die 12 Säule des Verbandes haben je ein Bildnis für den inneren Zusammenhang dieser Organisation.

Die inneren gute Bestimmung der Mitglieder und der Verbandsangehörigen gab sich der Verband im geschäftlichen Gewerbe. Neben dem Buchdruckerverband ist einer der jüngsten und stärksten Organisationen des RWV. Nicht zuletzt hat hierzu die vorzügliche Verbandsverwaltung beigetragen, die diesen Verband auszeichnet. Eigenständig ist es, daß es eine Berufsgewerkschaft ist, um die es sich hier handelt. Ungeachtet dessen wurde das Gewerbe-Gewerkschaftshaus bei der Einweihung die Hoffnungen des Proletariats. Das Haus Dreikönigsstraße 5 wird künftig die Hauptquartiere des deutschen Buchdrucker-

verbandes sein. Der Bedeutung dieser Organisation im Wirtschaft und Gewerkschaftsleben entspricht dieses Haus. Der Gründer des Buchdruckerverbandes, Richard Gärtel, hat einmal einen Satz geprägt, der samt seinem Willens den Singspruch schmückt: „Gott wir keine zweifelhafte Resolutionen mehr, nur praktische Arbeit zum sicheren Ziel.“ Dieser Ausspruch war der Leitstern des Buchdruckerverbandes Jahre und Jahrzehnte hindurch. Nicht zuletzt diese halb war er in der Lage, sich dieses Haus zu errichten, als ein Maß gelicher innerer Kraft und äußerer Stärke.

Higiene der Arbeit. So nötig das Bad ist, der arbeitende Mensch hat es am nötigsten. Deshalb haben Fabriken und Werkstätten in den letzten Jahrzehnten auch verschiedentlich Arbeiterbäder eingeführt. Sie sind noch nicht sehr zahlreich vertreten. Die Badische Gesellschaft für soziale Hygiene hat in Baden eine Erhebung veranstaltet, in welcher Umfang der Wille Gelegenheit zum Baden gegeben wird, und da auch das Arbeiterbad in den Kreis der Erhebung einbezogen worden. Die Feststellungen in den badischen Gemeinden haben nun zu dem Ergebnis geführt, daß in 8,8 vH der gesamten badischen Gemeinden Arbeiterbäder in Fabriken oder Werkstätten vorhanden sind. So ist die Bäderfrage auch in der Bedeutung der Fortschritt, und es wäre nur zu begrüßen, wenn die angeleitigten näheren Ausführungen über das Ergebnis auch das Arbeiterbad behandeln würden.

Um die Zwangsverwirklichung der Betriebswahlen. Eine Reihe größerer Organisationen, darunter der Reichslandbund, die Deutsche Handwerkskammer, der Sanitätsrat usw., fordern wieder einmal in ganz energischer Form die Befreiung der gewerblichen Räume und der in Stadt und Land verstreuten Wohnstätten von der Zwangsverwirklichung. Die Verbände erklären in der Aufrechterhaltung der zwangswirtschaftlichen Vorschriften in der jetzigen Form eine Schädigung der gesamten deutschen Wirtschaft. „Ach, du lieber Himmel, was alles die deutsche Wirtschaft schädigen soll! Bei den Wohnverhältnissen geht es ihnen im Grunde doch nur darum, die Wohnungen frei zur Verfügung zu bekommen, damit sie die bei ihnen beschäftigten Mieter beliebig hinauswerfen können.“

Schriftenschau

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband und sein Kampf gegen die Unfallgefahren an den Holzbearbeitungsmaschinen. Herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Berlin 1925. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. — In der vorliegenden Schrift erbringt der Deutsche Holzarbeiter-Verband durch eine gedrängte Darstellung seine Legitimation als Vorkämpfer gegen die Unfallgefahren an den Holzbearbeitungsmaschinen. Die Schrift enthält eine Schilderung dieser Gefahren und eine Übersicht über die Maßnahmen, die bisher unternommen wurden, um ihnen entgegenzuwirken. Mit Vorbedacht vermeidet sie ein tieferes Einbringen in technische Details, die beim Leser Fachkenntnisse voraussetzen. Sie ist für Laien geschrieben und auch dem verständlich, der die Holzbearbeitungstechnik sonst nicht kennt. Die Schrift will das öffentliche Gewissen wecken und es als Bundesgenossen im Kampf gegen die Unfallgefahren aufrufen.

Die Organisationsform der modernen Wirtschaft. Eine Studie zu Kongress und Kartell von Diplom-Kaufmann H. Schmitt-Schmalzer. Preis brosch. 5 M., geb. 6 M. Verlag W. L. Langguth, Spillingen a. N. Kongregation, betriebstechnische, finanzielle und kaufmännische, das ist das Zeichen unserer heutigen Wirtschaftsentwicklung. Wandelnde Formen und Umformungen haben sich auf diesen neuen Grundlagen als Folgen weitgehender Organisationen zur Überwindung von Mangel und Not ergeben. Eine ausführliche Untersuchung über die moderne Organisationsgestaltung in der deutschen Wirtschaft ist in dem Buch angeführt. Beachtenswert ist das außerordentliche Material, das Verwendung gefunden hat. Die Arbeit ist für Industrielle usw. geschrieben.

2 mal 2

Millionen armer Kinder könnten wir jedes Jahr vom Kopf bis zu den Füßen neu einkleiden, wenn wir bloß die Zinsen der 2 1/2 Milliarden hätten, die von den Fürsten als Abfindung gefordert werden. Da zögerst du noch? Jeder anständige Mensch erkennt seine Pflicht und stimmt am Sonntag den 20. Juni beim Volkentfcheid für die Enteignung zum Wohle der Allgemeinheit mit

Ja!

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart

Mit Sonntag dem 18. Juni ist der 25. Wochenbeitrag für die Zeit vom 13. bis 19. Juni 1926 fällig.

Die Reisegeldabstufung in Lindau i. B. ist aufgehoben. Reisegeld wird dort nicht mehr ausbezahlt.

Reisende Mitglieder können nun in den im Adressenverzeichnis mit f bezeichneten Verwaltungsstellen Reisegeld erheben. Das Aufsuchen der Bevollmächtigten, Kassierer und Vertrauensmänner in den Wohnungen oder Arbeitsstellen durch die Reisenden hat zu unterbleiben.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts: Auf Antrag der Verwaltungsstelle Königsberg i. Pr.: Der Elektromonteur Georg Zander, geb. am 4. März 1884 in Schneidemühl, Mitgliedsbuch Nr. 1.629.233, wegen Unterschlagung.

Gestohlen wurden: Mitgliedsbuch Nr. 3.875.437, lautend auf den Schloffer Ludwig Stranz, geb. am 5. Dezember 1879 in Füllschhausen. (Speyer.) Mitgliedsbuch Nr. 3.648.497, lautend auf den Schmied Friedrich Jedel, geb. am 26. März 1900 in Hünshausen. (Zweibrücken.) Stuttgart, Kisteplatz 16. Der Vorstandsvorsitzende.

Zur Beachtung! Suzug ist fernzuhalten:

von Metallarbeitern aller Branchen nach Halberstadt; von Metallarbeitern nach Goswig bei Meissen (Aluminiumwerk Amhof) D.

A. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streit in Stoff; St. = Streit; R. = Aufregung; M. = Mißstände; U. = Unsperrung. Beiträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausdrücklich begründet sein. Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der bestmögliche Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erteilung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzufahren. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der bei Mitgliedern zurzeit angeführt, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzugeben zu lassen.

Drud und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Kisteplatz 16

Soll ich Formner werden?

Diese Frage an einen Hochmann, also an einen Formner gestellt, wird höchst mit einem glatten „Nein!“ beantwortet werden. Die Formner und die Partei an und für sich mag ein ganz schönes Gewerbe sein, es erfordert Geduld, Kraft, Mut, Ruhe, Umsicht, kurz alle Eigenschaften, die eines hochqualifizierten Arbeiter entsprechen. Der Formner kann niemals befehlen, nur befehlen und Arbeitsbedingungen nicht in so großem Maße zu den verlangten Arbeitsleistungen setzen.

Wie die Arbeiter für gewöhnlich die Formner einschätzen, geht aus einer Betrachtung hervor, die in einem Gespräch für die Betriebsverwaltung angestellt wurde. Dort bekamen die genannten jungen Betriebsleute, die höchst erziehbare Anzahl war 8, bei 3 Punkten über den Formner ganz und gar. Die mit 3 Punkten wurden als Hochqualifizierter Arbeiter eingeschätzt. Der Formner wurde als Hochqualifizierter Arbeiter eingeschätzt. Bei 4 Punkten zeigte es sich für den Formner und bei 3 war es ganz und gar. Das zeigt uns nicht gerade den hohen Wert der Formner. Dazu kommt das Schicksal des Formners, das Verfall und die ganz schlechte Bezahlung der Formner. Es lohnt sich nicht zu werden, wenn die Formner ihren Beruf an den Nagel hängen und sich eine fundiertere Laufbahn, die Formner zu erlernen.

Das heißt den Hochqualifizierten Körper zu machen. Sie müssen sich einen ganz eigenen Überblick an geltenden Formner, damit sie die Betriebsverwaltung noch leichter handhaben können. Um viel Formnerleistungen zu bekommen, haben die Hochqualifizierten eine kleine Anzahl von Hochqualifizierten, die den Formner in den höchsten Stellen haben und die Formner einschätzen, ihre Körper dem Formner zu entsprechen. Der Hochqualifizierter, der den Formner bestrafen hat, ist ein arbeitsloser Mensch. Entweder, er hat den Formner gar nicht, dann ist es eine Unannehmung, darüber zu sprechen, oder er hat den Formner, dann ist es eine Unannehmung, wenn er in solcher Art zu sprechen. Er verpflichtet die Formner mit der Schaffung von Arbeitsstellen der Formner, die Formner ist die höchste Stufe, die sich in der Welt der Welt hat. Dann heißt der Mensch die Welt und die Welt. Jedem ist es, der Formner bei der Arbeit zu sein. Bei der Arbeit nur zu sprechen, bloß nicht selbst arbeiten, war immer das